

Bewertung des Koalitionsvertrags von CDU, CSU und SPD

Außen und Verteidigung

In einer immer unsicheren und unberechenbareren internationalen Lage wird Deutschland als verlässlicher Stabilitätsanker in Europa und in der Welt mehr denn je gebraucht. Deutschland wird seine Position nutzen, um weltweit für Menschenrechte, den Kampf gegen den Klimawandel und gegen Krieg und Aufrüstung einzutreten. Dies haben wir mit unserem Koalitionsvertrag erreicht: Die erfolgreiche Außenpolitik, die vor allem von SPD-Ministern geprägt wurde, wird weitergeführt. Gerade mit Blick auf neue Unsicherheiten in der Weltpolitik bekennen wir uns zu mehr internationaler Zusammenarbeit, Dialog und Multilateralismus. Deswegen werden wir gerade die Vereinten Nationen und andere internationale Institutionen stärken.

Auf einen Blick:

- Ausbau der internationalen Rolle Europas
- Weitere Einschränkung der Rüstungsexporte
- Stärkung der zivilen Friedenspolitik durch gleichmäßige Erhöhung von Entwicklungs- und Verteidigungsausgaben

AUSBAU DER INTERNATIONALEN ROLLE DER EU –

WEITERENTWICKLUNG DER EU-STRUKTUREN DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT

DAS HABEN WIR ERREICHT: Es ist uns gelungen, festzuschreiben, dass die internationale Rolle Europas für eine friedlichere und gerechtere Welt ausgebaut wird.

DAS BEDEUTET: Deutschland wird sich für den weiteren Aufbau ziviler Strukturen in der EU für Krisenprävention und Konfliktregelung sowie für die Weiterentwicklung der europäischen Entwicklungspolitik einsetzen. Gleichzeitig bekennen wir uns zur Europäischen Verteidigungsunion, um unseren Beitrag für eine sicherere Welt zu leisten. Darüber hinaus haben wir erreicht, dass sich Deutschland in allen EU-Handels-, Investitions- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen für verbindliche soziale, menschenrechtliche und ökologische Standards einsetzen wird. Damit wollen wir Vorreiter für eine faire EU-Handelspolitik werden. Die globale Nachhaltigkeits-Agenda 2030 der Vereinten Nationen wird Richtschnur deutscher Politik.

WEITERE EINSCHRÄNKUNG VON RÜSTUNGSEXPORTEN –

RÜSTUNGSEXPORTVERBOT VON KLEINWAFFEN IN DRITTSTAATEN UND SCHÄRFUNG DER RÜSTUNGSEXPORTRICHTLINIE

DAS HABEN WIR ERREICHT: Wir schränken die Rüstungsexporte an Länder weiter ein, die weder NATO- noch EU-Mitgliedsländer sind, noch diesen gleichgestellt sind. Kleinwaffen sollen grundsätzlich nicht mehr in Drittländer exportiert werden. Noch im Verlauf dieses Jahres schärfen wir die Rüstungsexportrichtlinien aus dem Jahr 2000.

DAS BEDEUTET: Wir werden sowohl die Praxis der Rüstungsexporte verschärfen als auch die rechtlichen Rahmenbedingungen. Mit dem Rüstungsexportverbot von Kleinwaffen an sogenannte Drittstaaten werden wir unseren Beitrag zur Eindämmung der „Massenvernichtungswaffen des 21. Jahrhunderts“ (Kofi Annan) leisten.

STÄRKUNG DER ZIVILEN FRIEDENSPOLITIK –

KOPPELUNG VON VERTEIDIGUNGS- UND ENTWICKLUNGS-AUSGABEN

DAS HABEN WIR ERREICHT: Rüstungskontrolle und Abrüstung bleiben zentrale Ziele deutscher Außenpolitik und dazu werden neue Initiativen ergriffen. Künftige Erhöhungen der Verteidigungsausgaben werden an die gleichzeitige Erhöhung der Ausgaben für humanitäre Hilfe, zivile Krisenprävention und Entwicklungszusammenarbeit im Verhältnis von 1:1 geknüpft.

DAS BEDEUTET: Damit haben wir wohl weltweit erstmals einen Mechanismus vereinbart, nach dem die Erhöhung von Verteidigungsausgaben automatisch zu einer Ausgabenerhöhung bei ziviler Friedenspolitik führt! Damit stärken wir die zivilen Instrumente der Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit und erfüllen die internationalen Verpflichtungen zur weiteren Steigerung der ODA-Quote (Anteil der Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit am BIP).

SIGNAL AN RUSSLAND -

UMSETZUNG DER MINSKER VEREINBARUNG ALS VORAUSSETZUNG FÜR SANKTIONSABBAU

DAS HABEN WIR ERREICHT: Bei Umsetzung der Minsker Vereinbarungen durch Russland sind wir zu einem Abbau der Sanktionen bereit und werden darüber einen Dialog mit unseren europäischen Partnern führen.

DAS BEDEUTET: Es gibt damit das klare Signal an Moskau, dass die Sanktionen abgebaut werden sollen, wenn Russland seinen Teil der Minsker Vereinbarungen erfüllt. Unser Ziel bleibt eine Rückkehr zu auf gegenseitigem Vertrauen und friedlichem Interessenausgleich basierenden Beziehungen.